



Niederschrift

- öffentlicher Teil - über die 52. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Fürstenfeldbruck

Sitzungsort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

19.03.2024

Sitzungstag:

Beginn: 19:02 Uhr

Ende: 20:46 Uhr

Anwesend:

Bemerkungen:

Vorsitzender, Oberbürgermeister

Götz, Christian

2. Bürgermeister

Stangl, Christian

3. Bürgermeisterin

Klemenz, Birgitta, Dr.

Schriftführer/in

Effinger, Rita

Stadratsmitglieder

Aldini, Robert, Dr.

Best, Adrian

Bosch, Albert

Britzelmair, Markus

Danke, Karl

Dräxler, Willi

Droth, Markus

Droth, Quirin

Geißler, Karin

Glockzin, Peter

abwesend 20:35Uhr bis 20:41Uhr
(TOP10)

Hannig, Theresa

Heimerl, Philipp

Höfelsauer, Franz

Jäger, Tina

Jakobs, Georg, Dr.

Kellerer, Martin

abwesend 20:35Uhr bis 20:37Uhr
(TOP10)

Kreis, Dieter
Kusch, Hermine
Lang, Elisabeth

anwesend ab 19:16Uhr (TOP2 bis TOP6)

Lohde, Andreas

abwesend ab 20:47Uhr (TOP nö1)

Merkl, Gina

Neuhauß, Matthias

Piscitelli, Michael

Pötzsch, Mirko

Quinten, Ulrike

Rothenberger, Andreas, Dr.

Rubin, Lisa

Schilling, Johann

Siegler, Katrin

Sindani, Jeanne-Marie

Weber, Florian

Weinberg, Irene

Wollenberg, Klaus, Prof. Dr.

Zierl, Alexa, Dr.

Verwaltung

Dachsel, Johannes

Klehr, Roland

Kieser, Christian

Gäste:

Müller, Julia

Referendarin, Amt 3

Meros, Gabriella

Vorsitzende des Vereins „Respect & Remember“

Abwesend:

Grund:

Stadtratsmitglieder

Brückner, Thomas

Entschuldigt

Halbauer, Jan

Entschuldigt

Mellentini, Johanna Luise

Unentschuldigt

Stockinger, Georg

Entschuldigt

Verwaltung

Eckert, Marcus

Entschuldigt

Leinweber, Norbert

Entschuldigt

Maurer, Michael

Entschuldigt

Öffentliche Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister
2. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift
3. Umweltbeirat; Abberufung eines Mitglieds; Berufung eines Ersatzmitglieds; Beschluss
4. Freiwillige Feuerwehr Aich - Bestätigung des gewählten Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters
5. Bebauungsplan Nr. W1 "Sondergebiet Windenergieanlagen (WEA) im westlichen Stadtgebiet"; Aufstellungsbeschluss
6. 73. Änderung des Flächennutzungsplans "Konzentrationsflächen Windenergieanlagen (WEA)"; Aufstellungsbeschluss
7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 43/5 "AEZ Heimstättenstraße"; Aufstellungsbeschluss
8. Planungszweckverband Technologicampus Maisach/Fürstenfeldbruck - Geschäftsstelle
9. Namensgebung für neu gestalteten Platz vor der St. Magdalena Kirche
10. Eingehen einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt des Staates Israel
11. Verschiedenes

Herr **Oberbürgermeister Christian Götz** eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit gemäß Artikel 47 Abs. 2 GO fest.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Herr **StR Kellerer** beantragt die Absetzung der TOPö5 und TOPö6 mit der Begründung, dass noch keine Bürgerinformationsveranstaltung seitens der Stadt in den Ortsteilen Puch und Aich zu diesen Punkten stattgefunden hat.

Formale Gegenrede von **Herr OB Götz**, er informiert, dass es natürlich eine umfassende Bürgerbeteiligung zu dem Bebauungsplanverfahren geben wird, wie im Beschlussvorschlag und im Sachvortrag enthalten.

Herr OB Götz bittet um Abstimmung, ob die TOPö5 und TOPö6 von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen.

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 25
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr **OB Götz** informiert, dass TOP ö8 vertagt wird und begründet dies mit der Tatsache, dass der TOP im KV Ausschuss nicht vorherberaten wurde, da dieser krankheitsbedingt ausgefallen ist.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

TOP 1	Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister
--------------	---

Bürger **Herr Patrick Lapper**, SC FFB, stellt diverse Fragen zum Nutzungsvertrag, Verfügbarkeit der Umkleidekabinen sowie Nutzung eines Besprechungsraumes für Elternabende, Trainer/Mannschaftsbesprechungen und Ähnliches.

Herr OB Götz verweist auf die am 21.03.2024 stattfindende ISJS Ausschusssitzung, in der diese Themen Inhalt der Tagesordnung sind und informiert Herrn Lapper, dass er an dem öffentlichen Teil dieser Ausschusssitzung gerne teilnehmen und sein Anliegen vorbringen kann.

TOP 2	Genehmigung der öffentlichen Niederschrift
--------------	---

Beschluss:

Gemäß Artikel 54 Absatz 2 2. Halbsatz der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) sowie § 38 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck sind die Niederschriften von Sitzungen städtischer Gremien vom jeweiligen Ausschuss bzw. Stadtrat zu genehmigen. Dies erfolgt in offener Abstimmung mit der Mehrheit der Abstimmenden (Artikel 51 Abs. 1 GO).

Der Stadtrat beschließt die Genehmigung der Niederschrift der **öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.02.2024.**

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 0

StR Kreis ist noch nicht anwesend.

TOP 3	Umweltbeirat; Abberufung eines Mitglieds; Berufung eines Ersatzmitglieds; Beschluss
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3227/20247 vom 08.02.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Abberufung des Umweltbeiratsmitgliedes Frau Veronika Sepp rückwirkend zum 01.03.2024. Gleichzeitig wird Frau Tanja de Azambuja als Nachrückerin in den Umweltbeirat berufen.

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 0

StR Kreis ist noch nicht anwesend.

TOP 4	Freiwillige Feuerwehr Aich - Bestätigung des gewählten Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3232/2024 vom 16.02.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **StR Lohde** informiert, dass die Wahl ohne besondere Vorkommnisse durchgeführt wurde und bedankt sich im Namen des Stadtrats bei den Kommandanten, der Feuerwehrführung und der Vorstandschaft in Aich für ihre Leistungen.

Beschluss:

Gemäß Art. 8 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. Abs. 5 Satz 2 Bayerisches Feuerwehrgesetz (BayFwG) bestätigt der Stadtrat im Benehmen mit dem Kreisbrandrat Herrn Matthias Straßer als Kommandanten und Herrn Dirk Stadelmann als stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Aich.

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 0

StR Kreis ist noch nicht anwesend.

TOP 5	Bebauungsplan Nr. W1 "Sondergebiet Windenergieanlagen (WEA) im westlichen Stadtgebiet"; Aufstellungsbeschluss
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3214/2024 vom 22.01.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **StR Britzelmair** stellt einen Änderungsantrag zu TOP 05 Punkt 1. Er fordert die Abstandsregelung zur Wohnbebauung von 1.000m inhaltlich mit aufzunehmen.

Herr **Dachsel (AL4)** hält eine Vorfestlegung der Abstandsregelung für nicht sinnvoll. Dies würde bei der Bauleitplanung eventuell negative Auswirkungen haben.

Frau **StR'in Dr. Zierl** bittet um das Vertrauen zu dem ausgearbeiteten Beschlussvorschlag und um große Zustimmung im Gremium.

Herr **OB Götz** bittet um Handzeichen, wer dem Änderungsantrag „1.000m Abstand zur Wohnbebauung in TOP 05 Punkt 1 einzufügen“ zustimmt.

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 25

Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt wie folgt:

1. Für das in beiliegendem Lageplan (siehe Anlage 1) bezeichnete Gebiet wird der Bebauungsplan Nr. W1 „Sondergebiet Windenergieanlagen (WEA) im westlichen Stadtgebiet“ aufgestellt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, potenziellen Vorhabenträgern aufzutragen, bei Einleitung eines offiziellen planungsrechtlichen Verfahrens eine informelle Öffentlichkeitsbeteiligung zu den geplanten Windkraftanlagen durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die nächsten erforderlichen Planungsschritte vorzubereiten und dem Ausschuss zu gegebener Zeit zusammen mit einem entsprechenden Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 3

TOP 6	73. Änderung des Flächennutzungsplans "Konzentrationsflächen Windenergieanlagen (WEA)"; Aufstellungsbeschluss
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3215/2024 vom 22.01.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Beschluss:

Ohne Wortmeldung beschließt der Stadtrat ungeändert wie folgt:

1. Für das Stadtgebiet (Geltungsbereich) wird die 73. Änderung des Flächennutzungsplans „Konzentrationsflächen Windenergieanlagen (WEA)“ aufgestellt. Die in beiliegendem Lageplan dargestellten Flächen (Konzentrationsfläche A, B und C) bilden die sog. „Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen“ (siehe Anlage 1)
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, potenziellen Vorhabenträgern aufzutragen, bei Einleitung eines offiziellen planungsrechtlichen Verfahrens eine informelle Öffentlichkeitsbeteiligung zu den geplanten Windkraftanlagen durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die nächsten erforderlichen Planungsschritte vorzubereiten und dem Ausschuss zu gegebener Zeit zusammen mit einem entsprechenden Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 4

TOP 7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 43/5 "AEZ Heimstättenstraße"; Aufstellungsbeschluss
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3221/2024 vom 02.02.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau **StR'in Dr. Zierl** sieht das Bauvorhaben zu groß und zu eng, ihr ist die Geschosflächenzahl und Baugrenze zu massiv. Begleitet aber nichtdestotrotz das Projekt weiter, da sie es für wichtig ansieht.

Herr **StR Höfelsauer** erklärt, dass es sich hier um einen sehr wichtigen Nahversorger handelt und ist der Meinung, dass das Gebäude der Nutzung entsprechend gebaut werden muss. Er bittet um große Zustimmung zu dem Bauvorhaben.

Herr **StR Heimerl** findet die Bedeutung des Marktes als Nahversorger an dieser Stelle äußerst wichtig. Er hätte sich hier einen beschränkten Architektenwettbewerb gewünscht.

Herr **StR Dr. Rothenberger** ist erfreut über den Erhalt des Marktes durch den aktuellen Betreiber. Er bedauert, dass wider den ursprünglichen Planungen nun leider kein Wohnraum in der aktuellen Planung enthalten ist.

Herr **2. Bgm. Stangl** glaubt, dass der Markt an diese Stelle eine ganz wichtige Funktion hat. Er betont, dass es, was die Gestaltung der Fassade, des Cafés und die Einsparung an Betons, welchen man in einer Tiefgarage verbauen müsste, anbelangt, hier einen deutlichen Fortschritt gegeben hat. Da es sich in der Vergangenheit hier gezeigt hat, dass es zu Nutzungskonflikten zwischen einem zu betreibenden Vollsortimenter und Wohnungen kommt, sieht er, das geplante Projekt als zielführend und wird es mit großem Interesse und nach Kräften begleiten.

Herr **StR M. Droth** schließt sich seinen Vorrednern an und hebt hervor, dass man die künftige Platzgestaltung mit Blick auf den Kommunikationspunkt seitens des Cafés im Auge behalten soll und hofft auf eine zügige Umsetzung des Projekts.

Herr **Dachsel (AL4)** informiert, dass nach mehreren Besprechungen das Projekt auf einem Stand ist, dass es umgehend umgesetzt werden kann. Der Standort ist höchst anspruchsvoll und die Planung ist hochqualitativ. Der erste städtebauliche Vertrag ist bereits unterschrieben, die Verwaltung ist parat für einen Start.

Beschluss:

Ohne weitere Wortmeldungen beschließt der Stadtrat wie folgt:

1. Für das in beiliegendem Lageplan (Anlage 6) bezeichnete Gebiet wird der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 43/5 „AEZ Heimstättenstraße“ aufgestellt. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchgeführt.

- Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fachbeirat einzuberufen und im Anschluss einen Bebauungsplan-Vorentwurf dem Planungs- und Bauausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 4

TOP 8	Planungszweckverband Technologiecampus Maisach/Fürstenfeldbruck - Geschäftsstelle
--------------	--

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

TOP 9	Namensgebung für neu gestalteten Platz vor der St. Magdalena Kirche
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3236/2024 vom 22.02.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Vorplatz zur Kirche St. Magdalena (Fl. Nr. 359, Gemarkung Fürstenfeldbruck) in **Marienplatz** zu benennen.

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

TOP 10	Eingehen einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt des Staates Israel
---------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3195/2024 vom 21.12.2023 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

StR'in Merkl berichtet, dass der Antrag im KWA am 18.03.24 vorberaten wurde und informiert, dass sie dem Änderungsvorschlag der SPD Fraktion zustimmt. Ferner führt sie aus, dass die Stadt Fürstenfeldbruck eine historische Verantwortung hat, die sich nicht weglegen lässt. Es geht hier nicht um den Nahostkonflikt, sondern darum, dem

Antisemitismus aktiv entgegenzuwirken. Sie bittet das Gremium den Antrag anzunehmen.

StR Lohde stellt fest, dass der Antrag in Teilen der gebotenen Verfahrensschritte etwas missverständlich formuliert ist und stellt eine mögliche Inhaltsänderung des Antrages vor.

Herr **StR Lohde** bittet das Gremium um das Rederecht für Frau Gabriella Meros, Vorsitzende des Vereins „Respect & Remember“.

OB Götz bittet um Handzeichen für die Erteilung des Rederechts für Frau Meros.

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

Das Rederecht wird Frau Meros erteilt.

Frau **Gabriella Meros**, Vorsitzende des Vereins „Respect & Remember“ bedankt sich für das Rederecht. Sie berichtet, dass sich viele jüdische Mitbürger aus Angst vor Übergriffen nicht mehr aus dem Haus trauen, daher sei es jetzt der richtige Zeitpunkt, Solidarität mit den Bürgern Israels zu zeigen. Weiter führt sie aus, dass gerade Fürstenfeldbruck ein historisches Erbe nach dem Olympia-Attentat von 1972 hat. Sie hat sich gewundert, dass nicht schon zum 50. Jahrestag ein Antrag auf eine Städtepartnerschaft angestrebt wurde, und bittet dem Antrag zuzustimmen.

StR Dr. Rothenberger sieht auch, wie wichtig es ist, jetzt Solidarität zu Israel zu bekunden; doch ist er der Meinung, eine Städtepartnerschaft müsse von unten wachsen und leben über Kontakte zwischen Vereinen, Menschen, kulturellen Austausch, usw. und nicht von oben herab angeordnet sein. Er steht dem Ziel, eine Städtepartnerschaft zu gründen, aber nicht im Weg.

StR Heimerl stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung.

OB Götz nimmt den Antrag zur Geschäftsordnung zur Kenntnis. Und informiert, dass nach dem nächsten Redebeitrag eine fünf-minütige Unterbrechung stattfindet.

3. Bgm'in. Dr. Klemenz entgegnet dem Vorredner, dass es für eine Städtepartnerschaft einen offiziellen Auftrag geben muss, damit die, die sich engagieren wollen und das auch schon tun, dies auch mit Rückendeckung und Unterstützung der Politik tun können. Diese Autorisierung ist die Aufgabe der Stadt. **3. Bgm'in. Dr. Klemenz** möchte jetzt ein Zeichen setzen und sieht es in der Verantwortung des kompletten Gremiums, dem Antrag zuzustimmen.

Abstimmung zum Antrag der Geschäftsordnung von Herrn Heimerl, **OB Götz** bittet um Handzeichen:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

OB Götz lässt noch vier weitere Redebeiträge zu und will dann in die Beratung gehen.

StR und **Integrationsreferent Dräxler** findet, es ist erschreckend, dass in unserem Land Antisemitismus überhaupt wieder wachsen konnte. Er sichert Israel seine volle Solidarität zu und macht mit Blick auf die in der Stadt lebenden Muslime darauf aufmerksam, dass sich der aktuelle Nahostkonflikt nicht ausblenden lässt. Er sieht es als Verpflichtung der Stadträte, dass es eine Spaltung der Stadtgesellschaft zu vermeiden gilt.

StR M. Droth deutet darauf hin, dass laut der Bundeszentrale für politische Bildung, Städtepartnerschaften Teil der kommunalen Außenpolitik sind. Er bemerkt, dass Städtepartnerschaften bisher aus bestehenden Kontakten entstanden sind. Ferner findet er, dass hier ein anderer Weg gegangen wird, ist machbar, da man sich in der Sache unter den Fraktionen einig ist.

StR'in und **Referentin für Gleichstellung und Antidiskriminierung Hannig** fordert den Stadtrat, auf sich jetzt seiner Verantwortung zu stellen und den institutionellen Rahmen für eine Städtepartnerschaft mit Israel zu bilden. Sie erklärt, abwarten ist keine Option. Der steigende Antisemitismus macht es absolut überfällig, jetzt eine Städtepartnerschaft einzugehen und bittet um Zustimmung zum Antrag.

StR'in Dr. Zierl weist darauf hin, dass eine Städtepartnerschaft mit Israel etwas Anderes ist, als mit irgendeinem anderen europäischen Land. Sie plädiert dafür den Mut aufzubringen, eine Städtepartnerschaft mit einem Ort in Israel einzugehen und bittet darum, eine sprachliche Formulierung auszuarbeiten, in der das Gremium große Zustimmung findet.

Das Gremium unterbricht die Sitzung für eine fünf-minütige Beratungspause.

Nach Ende der Unterbrechung ruft **OB Götz** das Gremium wieder zur Aufmerksamkeit auf.

OB Götz glaubt, die Beratung war sehr zielführend. Er ergänzt, dass die Stadt Fürstentfeldbruck mit Bezug auf das Olympia-Attentat 1972 einen Anknüpfungspunkt an Israel hat. Er sieht aus diesem Erbe heraus durchaus den Anlass einer Städtepartnerschaft und befürwortet diese.

Kurz hervorheben möchte **OB Götz**, dass der Stadtrat in der Geschäftsordnung einmal beschlossen hat, dass bei Anträgen auch eine Finanzierung dahinterstehen soll. Ferner bittet **OB Götz** zu berücksichtigen, dass, wenn eine Städtepartnerschaft zustande kommt, muss überlegt sein, wie das seitens der Verwaltung und auch finanziell zu stemmen ist. Er betont auch, dass es wichtig ist, eine solche Städtepartnerschaft mit Leben zu füllen. Die Verwaltung kann dies personell nicht übernehmen, an dieser Stelle muss viel konkrete Zuarbeit und Engagement aus diesem Gremium kommen.

StR'in Geißler erklärt, dass die Pause gut genutzt wurde, um einen ordentlich ausformulierten Text zu finden und stellt diesen vor.

Überarbeiteter Beschlussvorschlag nach Beratung des Stadtrates während der Sitzung

Der Stadtrat verfolgt das Ziel, eine partnerschaftliche Beziehung zu einer Stadt des Staates Israel aufzubauen. Um dies zu erreichen, streben wir an:

1. Gesellschafts- und bildungspolitischer Austausch:

Implementierung von akademisch fundierten Bildungsprojekten und Begegnungsprogrammen sowie interkulturelle Workshops in Kooperation mit städtischen Bildungseinrichtungen, Schulen und anderen Institutionen, die bereits heute einen etablierten Austausch haben wie u.a. der Bayerische Jugendring Ziel ist explizite Förderung der Völkerverständigung und des Bewusstseins für die historische Bedeutung des Judentums, um damit auch die Gefahren des Antisemitismus für die Zivilgesellschaft zu verdeutlichen.

2. Jugend-, bildungs-, sowie kunst- und kulturpolitischer Austausch:

Perspektivische Förderung eines intensiven kulturellen Dialogs durch den Austausch von Kunstausstellungen und jugend- kulturellen Veranstaltungen, wie Konzerten, Festivals, Theaterstücken oder Lesungen. Ziel ist es, die Vielfalt und den Reichtum beider Kulturen hervorzuheben und das gegenseitige Verständnis durch interkulturelle Projektarbeit zu fördern. Wir sind überzeugt, dass durch die Umsetzung dieser konkreten Maßnahmen Stadt und Bürgerschaft von Fürstentfeldbruck eine aktive Rolle im Engagement gegen Antisemitismus einnehmen können.

3. Umsetzung:

Zur Umsetzung des ambitionierten Programms und zur Pflege der bestehenden Partnerschaften soll ein regelmäßiger Arbeitskreis eingerichtet werden. Neben den Referentinnen und Referenten für Partnerstädte, Kultur und Schulen soll dort jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter aus den Fraktionen Mitglied sein.

Der Stadtrat beschließt den überarbeiteten Beschlussvorschlag ohne weitere Wortmeldungen wie folgt:

Ja-Stimmen: 32

Nein-Stimmen: 3

StR Glockzin und StR Kellerer sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

TOP 11	Verschiedenes
---------------	----------------------

Fußweg Feuerwehr Aich

StR Pötzsch erinnert, dass ein Fußweg zur Feuerwehr in Aich in Planung war, und möchte sich zum Status dieses Bauvorhabens erkundigen.

OB Götz informiert, dass dieser Fußweg bereits hergestellt ist.

B2 / Amperbrücke

Herr **Dachsel (AL4)** informiert über den aktuellen Stand zur B2 mit Hinsicht zum maroden Zustand der Denkmalsgeschützten Amperbrücke. Er führt weiter aus, dass das staatliche Straßenbauamt Freising aktuell die Rahmenbedingungen zur Schwerlastumgehung über die Oskar-von-Miller / äußere Schöngesinger Straße prüft. Bei positiver Entscheidung werden weitere Schritte mit der Stadt FFB abgesprochen. Dazu gehört auch die denkmalgerechte Ertüchtigung der Amperbrücke.

Herr Dachsel erinnert, dass die Option der Trassenführung über die Landsberger Straße nicht weiterverfolgt wird.

Abschließend ergänzt er, dass mit einer Entscheidung seitens des staatlichen Straßenbauamts möglicherweise noch in diesem Jahr zu rechnen ist.

StRin Dr. Zierl erkundigt sich, ob auch der gesicherte Fahrradverkehr in die Trassenplanung mit einfließt.

Herr **Dachsel (AL4)** erwidert, dass das staatliche Bauamt den Auftrag hat, überall dort, wo Bundesstraßen ausgebaut werden, auch die Fahrrad Infrastruktur auszubauen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Herr Oberbürgermeister Christian Götz beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Christian Götz
Oberbürgermeister

Rita Effinger
Schriftführerin